

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Umweltausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 27.04.2022
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr
Sitzungsende:	18:05 Uhr
Ort, Raum:	Pfalzbau, Tagungsraum Antwerpen & Have- ring

Anwesend waren:

Stadtvorstand

Alexander Thewalt

SPD-Stadtratsfraktion

Markus Lemberger

Frank Meier

Martina Blaufuß

CDU-Stadtratsfraktion

Daniel Beiner

Manfred Schwarz

Wilhelm Wißmann

Ulrich Sommer

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Hans-Uwe Daumann

Sabine Laubner-Draheim

Stadtratsfraktion Grünes Forum Ludwigshafen und Piraten

Heinz Zell

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Maike Jurk

René Puder

FWG-Stadtratsfraktion

Helene Ludwig

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Petra Malik

Schriftführer/in

Andrea Zobel

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Selina Akdeniz

Georgios Vassiliadis

Günther Henkel

Romina Dimov

Anke Simon

CDU-Stadtratsfraktion

Rita Augustin-Funck

Joachim Zell

Joannis Chorusis

Birgit Stauder

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Gisela Witt-Pieper

Julian Sauther

Stadtratsfraktion Grünes Forum Ludwigshafen und Piraten

Kathrin Lamm

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Jörg Bendel

Pamela Windecker

FDP-Stadtratsfraktion

Andreas Guth

Christoph Zeller

FWG-Stadtratsfraktion

Georg Kaiser

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Bernhard Wadle-Rohe

Tagesordnung:

1. Verpflichtung der Mitglieder des Umweltausschusses
Vorlage: 20224884
2. Jahresbericht "Tigermücke" Mündlicher Bericht
Vorlage: 20224885
3. Sachstand Luftreinhaltung - Mündlicher Bericht
Vorlage: 20224886
4. Information Umweltpatenschaft - Mündlicher Bericht
Vorlage: 20224887
5. Antrag Stadtratsfraktion die Grünen - Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung einer Begrünungssatzung / Freiflächengestaltungssatzung
Vorlage: 20201729
6. Antrag Stadtratsfraktion die Grünen - Werbepost nur auf Wunsch: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut
Vorlage: 20214185

Sonstiges und Anfragen

1. Anfrage FWG-Stadtratsfraktion - Sachstand Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes Roßlache
Vorlage: 20224898

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Umweltausschuss war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Verpflichtung der Mitglieder des Umweltausschusses

Verpflichtung der Mitglieder des Umweltausschusses

Wurde zur Kenntnis genommen

zu 2 Jahresbericht "Tigermücke" Mündlicher Bericht

Wurde zur Kenntnis genommen

zu 3 Sachstand Luftreinhaltung - Mündlicher Bericht

Wurde zur Kenntnis genommen

zu 4 Information Umweltpatenschaft - Mündlicher Bericht

Wurde zur Kenntnis genommen

zu 5 Antrag Stadtratsfraktion die Grünen - Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung einer Begrünungssatzung / Freiflächengestaltungssatzung

Der Antrag wurde im Ausschuss diskutiert mit dem Ergebnis die Diskussion im Sinne des Klima- u. Artenschutzes weiterzuführen. Dies wurde so zur Kenntnis genommen.

An die
Vorsitzende des Stadtrats
Frau Oberbürgermeisterin
Jutta Steinruck
Rathausplatz 4
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 08.06.2020

Antrag zur Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses am 15.06.2020: Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung einer Begrünungssatzung / Freiflächengestaltungssatzung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, den folgenden Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses am 15.06.2020 zu setzen:

Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung einer Begrünungssatzung / Freiflächengestaltungssatzung

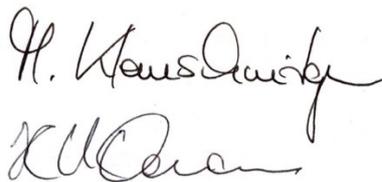
Der Bau- und Grundstücksausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Begrünungssatzung (Freiflächengestaltungssatzung) zu entwerfen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Begründung:

Eine Begrünungssatzung (Freiflächengestaltungssatzung) dient grundsätzlich dem Schutz, der Pflege, der Erhaltung und Entwicklung von Vegetationsflächen in der Stadt Ludwigshafens. Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes in einem stark verdichteten und durch einen hohen Anteil von Bau- und Verkehrsfläche geprägten Siedlungsraum ist zu erhalten und in ihrer Wirksamkeit zu verbessern. Unbebaute Bereiche sind als Voraussetzung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, auch im Sinne des Klimaschutzes, zu schützen und auszubauen. Diese Leistungs- und Funktionsfähigkeit muss durch eine ausreichende Größe der unbebauten Bereiche erzielt werden.

Im Unterschied zur Begrünungssatzung der Stadt Speyer sollen die Festlegungen der Satzung nicht nur für Grundstücke gelten, für die ein Bauantrag gestellt wird, sondern für alle nicht bebauten Flächen der bebauten Grundstücke im Stadtgebiet, unabhängig von den Eigentumsformen (vgl. z. B. Freiflächengestaltungssatzung der Stadt Weimar). Erklärtes Ziel ist es, Leitlinien für die Begrünung nicht nur in Bebauungsplänen zu verankern, sondern insgesamt für das Stadtgebiet zu erarbeiten. Die Satzung zielt also darauf, auf allen bebauten Grundstücken einen Mindestanteil unbebauter Fläche freizuhalten und deren Begrünung und Grünpflege zur Verpflichtung zu machen. Klimatische Entwicklungen, aber auch neuere Trends in der privaten Freiflächengestaltung (z. B. Versiegelung durch Steingärten, private Einfahrten und Stellplätze) lassen es angeraten sein, für die Begrünung und Freiflächengestaltung stadtweit Festlegungen zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann, Fraktionsvorsitzende

zu 6 Antrag Stadtratsfraktion die Grünen - Werbepost nur auf Wunsch: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut

Über diesen Top wurde im Ausschuss debattiert und es sollen, gemeinsam mit dem Wochenblatt Wege gefunden werden, um negativen Auswirkungen z.B. die durch die Ablage auf/an öffentlichen Wegen über mehrere Tage und die dadurch entstehenden Verschmutzungen (Verwehungen durch Wind) entgegenzuwirken. Zur Diskussion stand auch das Anbringen eines Aufklebers „Wochenblatt, ja bitte“ inwieweit sich dies umsetzen lässt ist noch unklar. Nach Abschluss der Debatte wurde der Bitte um Empfehlung, den Antrag ruhen zu lassen einstimmig zugestimmt.

An den
Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Beigeordneten
Alexander Thewalt
Jaegerstr. 1

67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 19.10.2021

Antrag zur Sitzung des Umweltausschusses am 27.10.2021:

Werbepost nur auf Wunsch: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut

Sehr geehrter Herr Thewalt,

wir bitten Sie, in der Sitzung des Umweltausschusses am 27.10.2021 den folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat den Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut mit folgendem Text:

Die Stadt Ludwigshafen erklärt ihren Beitritt zum Städtebündnis gegen Werbepost und beschließt folgende Grundsätze:

- Die Stadt Ludwigshafen befürwortet die Einführung eines Opt-in-Systems für Werbepost und signalisiert ihre eindeutige Bereitschaft gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland, die Opt-in-Lösung lokal umzusetzen.
- Die Stadt Ludwigshafen setzt sich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland für die Grundsätze des Städtebündnisses ein. Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für eine deutschlandweite Umsetzung der Opt-in-Lösung für Werbepost zu schaffen.
- Die Stadt Ludwigshafen veröffentlicht alle Handlungen, die sie im Zuge der Initiative „Opt-in“ unternimmt.

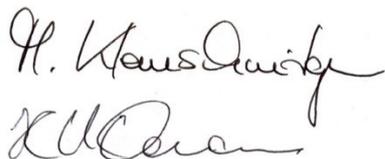
Begründung:

In Deutschland sollen nur diejenigen Werbung bekommen, die diese erhalten möchten - dafür setzt sich das Städtebündnis gegen Werbeflut ein. Kommunen, Städte und zivilgesellschaftliche Initiativen, die Teil des Bündnisses sind, fordern per Grundsatzbeschluss eine bundesweit gesetzliche Regelung für nicht- adressierte Briefkastenwerbung: das Opt-In-Modell. Das Verfahren, bei dem Empfänger vorab zustimmen ob sie die jeweilige Werbung empfangen möchten, wurde bei der E-Mail-Werbung bereits erfolgreich eingeführt.

Das Bündnis ist für die Städte kostenfrei und wird von dem gemeinnützigen Verein Letzte Werbung koordiniert. So bereiten die Städte Bamberg und Leipzig bereits ihren Beitritt zum Städtebündnis gegen Werbeflut vor. Auch der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung, unterstützt das Bündnis. Zusätzlich konnte das Bündnis bei Vertreter*innen von 15 Städten erste Fürsprecher*innen für einen Beitritt gewinnen. Dieser Erfolg zeigt die Bedeutung der Themen Ressourcen- und Klimaschutz!

Briefkastenwerbung ist ein wichtiges kommunales Thema: Einer Studie der Uni Gießen zufolge laden jedes Jahr ca. 1,2 Millionen Tonnen Papier- und Plastikmüll in deutschen Briefkästen. Diese müssen nicht nur kommunal entsorgt werden, sondern vermüllen viele Eingangsbereiche und Fußgängerzonen. Wirtschaftlich profitieren davon vorrangig die großen Einzelhandelsketten, ganze 67 Prozent der kleinen Unternehmen befürworten eine neue Regelung (Appinio 2020; Umfrage unter 500 Unternehmen). Kommunen, Städte und zivilgesellschaftliche Initiativen, die Teil des Bündnisses sind, teilen die Vision einer Welt, in der bewusster konsumiert wird und in der weniger Ressourcen verschwendet werden.

Mit freundlichem Gruß

The image shows two handwritten signatures in black ink. The top signature is 'H. Uwe Daumann' and the bottom signature is 'Monika Kleinschnitger'. Both are written in a cursive, flowing style.

Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann, Fraktionsvorsitzende

Sonstiges und Anfragen

zu 1 **Anfrage FWG-Stadtratsfraktion - Sachstand Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes Roßlache**

Der Antrag wurde schriftlich beantwortet

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um 18:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.05.2022



Andrea Zobel
Schriftführer



Alexander Thewalt
Vorsitzende/r